

Next 1 Page(s) In Document Exempt

No. 6

Presseberichte aus den Westzonen

Freigabe der letzten 0,5 %. Wie General Koenig mitteilte, bestehen jetzt günstigere Aussichten für die Gewährung von mittel- und langfristigen Krediten. Dies bedeutet für die nächste Zeit eine spürbare Besserung im Wirtschaftsleben der Zone. Die Entscheidung über die bisher noch immer blockierten 0,5 % der Reichsmark-Konten steht unmittelbar bevor. Zwei Möglichkeiten der Verwendung stehen den Konteninhabern nach Inkraftsetzung der Freigabe offen: die Gelder können entweder zur Zeichnung einer öffentlichen Anleihe verwendet oder auf ihren Konto bis zum 1. Januar 1954 stehen gelassen werden. Vom Tage der Freigabe an werden Zinsen berechnet, die auszahlbar sind.

Süddt. Ztg. vom 26. April 1949

Atomsichere Zonen. Auf der Tagung des IRK hat der russ. Vertreter den Vorschlag unterbreitet, daß alle Staaten atomsichere Zonen für die Zivilbevölkerung im Falle eines Atomkrieges anlegen sollten. Der Vorschlag fordert, atomsichere Zonen für Mütter und Kinder, alte Leute, Kranke und Verwundete sowie für die Aufsichtsorgane dieser Zonen einzurichten.

Allgem. Ztg. vom 1. Mai 49

Bonn. Zur Situation in Bonn erklärte Dr. EHARD, daß er keine endgültige Stellungnahme zu dem vorbereiteten Kompromiß abgeben könne, solange ihm das Ergebnis nicht schriftlich vorliege. Der entscheidende Punkt sei - und hier lasse er nicht mit sich reden -, daß man dem Bund auch noch das Recht geben wolle, von den Einkommen- und Körperschaftssteuern der Länder etwas anzufordern, damit er es wieder für Schul- und Wohlfahrtszwecke an die Länder verteilen könne. Wenn auch rasch eine Bundesregierung zustandekommen müsse, so stimmten die bayerische Regierung und die CSU dem Grundgesetz doch nicht um jeden Preis zu. Auch wenn die Länderparlamente über das Grundgesetz abstimmen sollten, hält Dr. Ehard noch eine Volksabstimmung in Bayern über einen solchen Landtagsbeschuß für möglich.

Süddt. Ztg. vom 30. April 1949

Grubenstilllegung. In Haselbach in der Ooerpfalz mußte die Zeche "Matthias" infolge von Absatzschwierigkeiten stillgelegt werden. Die Gemeinde ist durch die große Zahl entlassener Arbeiter in bedrängter Lage. Auch in Stulln, dem Zentrum der oöerpfälzischen Braunkohlen- und Flußspat-industrie, wurden zahlreiche Kündigungen ausgesprochen. Wegen des Absatzmangels sahen sich die Flußspatwerke gezwungen, die Drei-Tage-Schicht einzuführen.

Allgem. Ztg. vom 30. April 1949

Der "Kreis". Mit einem gedruckten Rundschreiben trat in Stuttgart der "Schwäbische Kreis" als überparteiliche schwäbisch-pfälzische Heimatvereinigung an die Öffentlichkeit. Der "Kreis" wendet sich in erster Linie dagegen, den "Ertrag der fleißigen schwäbischen Arbeit in großem Umfang dem schwäbischen Land zu entziehen und einer unübersichtlichen und verschwenderischen Bundessteuer-Verwaltung in die Hände zu spielen". Er vertritt weiter die Ansicht, es genüge vollauf, den deutschen Handelsverein (Zollunion) von 1834 wieder aufzurichten und zu modernisieren. Dadurch würden gesunde Verhältnisse und eine landesständige Staatsverwaltung erzielt. Auf personellem Gebiete wird die Erneuerung des guten, zuverlässigen, schwäbischen Beamtentums erstrebt. Soweit Flüchtlinge in den Beamtenkörper aufgenommen werden, müsse eine eingehende Prüfung auf Eignung und Mentalität erfolgen. Dem siebenköpfigen Gründungsausschuß gehören mehrere Stuttgarter Stadträte, Fabrikanten und Unternehmer an.

Süddt. Ztg. vom 30. April 1949

Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln ist, wie die Regierung von Oberbayern erklärte, so stark durchlöchert, daß sie nach Ansicht vieler Kreise ihren Sinn verloren hat. Durch die völlige Aufhebung der Bewirtschaftung würde der Schwarze Markt verschwinden und damit der Gesundungsprozeß fortschreiten. Zur Preisentwicklung wird betont, daß schon jetzt nur noch geringe Preisunterschiede zwischen dem freien und dem gebundenen Markt bestehen.

Süddt. Ztg. vom 30. April 1949

No. 126

Auszüge aus Presseberichten

Morch-Werke, Zwickau. Dieser volkseigene, nach Demontage im Aufbau begriffene Betrieb kann den im Rahmen des Zweijahresplanes gestellten Anforderungen nicht nachkommen. Beschäftigt sind 2 000 Werktätige. Bis Ende 1949 sollen 350 Traktoren fertiggestellt sein. Nur ein Siebentel ist materialmäßig gedeckt. Zum Ausbau der zerstörten Montagehalle fehlen 2 700 qm Glas, 30 Werkzeugmaschinen und 211 Elektromotoren. Die bisher bezogenen Rohlinge für Kurbelgehäuse sind porös und so minderwertig, daß über 50 % bei der Verarbeitung ausfallen. Die für den Materialbezug vorgesehenen Firmen können infolge Rohstoffmangels ihr Produktionssoll nicht erfüllen.
Süddt. Ztg. vom 30. April 1949

Bleistiftfabrikation. Die ersten in der Ostzone produzierten Bleistifte wurden von der volkseigenen Ultramarin-Fabrik Sophinau ausgeliefert. Damit ist die Ostzone in der Herstellung von Bleistiften und Minen von Westdeutschland unabhängig.
Neues Deutschland vom 15. April 1949

Kandidaten für den Volkskongreß. Die Vorbereitungen zur Wahl des Dritten Deutschen Volkskongresses sind in vollem Gange. Die Aufstellung der Kandidatenlisten ist bereits abgeschlossen. Unter den Kandidaten befinden sich RAU, Min. Präs. Dr. STEINHOFF, die brandenburgischen Minister Bechler, Rücker, Falkenberg und Stargardt sowie die Landesvorsitzenden der antifaschistisch-demokratischen Parteien.
Tgl. Rundschau vom 23. April 1949

Regelung des DM- und Devisenverkehrs. Die DZK hat angeordnet, daß die DM-Ost weder aus- noch eingeführt werden darf. Nur Ostzonenbewohner dürfen bei Ausreise einen Betrag bis zu 50 DM mit sich führen, der jedoch weder in den Westzonen noch im Ausland ausgegeben werden darf. Überschüssige Beträge können bei den Grenzkontrollstellen hinterlegt werden. Entgegen diesen Bestimmungen mitgeführte Beträge unterliegen der Beschlagnahme. - Die Einfuhr von Devisen ist gestattet; die Devisen müssen jedoch von Personen, die ihren ständigen Aufenthalt in der SBZ (sowjet. Bes. Zone) haben, bei Einreise zu festgesetztem Kurs in DM-Ost umgetauscht werden. Devisenausfuhr ist nur mit Bescheinigung der Deutschen Notenbank möglich. - Devisengeschäfte darf nur die Notenbank oder ein ermächtigtes Bankinstitut tätigen.
Neues Deutschland vom 22. April 1949

Investitionen für die Industrie. Die Geldmittel werden vor allem für den Schiff-, Fahrzeug- und Elektromotorenbau sowie für den Aufbau der Kugellagerfabriken verwendet. - Das Elektromotorenwerk Wernigerode wird völlig neu ausgerüstet. Zur Zeit arbeiten 800 Werktätige, doch soll die Belegschaft auf 1 500 verstärkt werden. Wenn bis heute nur Motoren bis zu 100 kW hergestellt werden, so befinden sich erheblich größere, darunter auch Kraanmotoren, in der Konstruktion. Für den Bau von schweren Motoren werden Geldmittel in erster Linie für das Kompressorenwerk Dessau ausgeworfen.
Um einen Engpaß zu beseitigen, der sich in der ganzen Industrie besonders hemmend auswirkt, sind beträchtliche Investitionen für die Kugellagerfertigung bestimmt. Bisher gab es hier überhaupt keine Serienfabrikation, sondern nur Einzelanfertigungen in Böhltz-Ehrenberg, Leipzig und Zella-Mehlis. Zum bedeutendsten Werk für die Kugellagerfertigung wird die Wälzlagerfabrik in Fraureuth (Thüringen) ausgebaut. Vergrößert werden die Wälzlagerfabrik in Ronneburg (Thüringen) und die Norddeutsche Kugellagerfabrik Berlin. Jedes Werk wird sich auf bestimmte Kugellagergrößen spezialisieren, um einen möglichst hohen Serienausstoß zu erzielen. Bis Ende 1950 soll der Kugellagerbedarf aus der eigenen Produktion weitestgehend gedeckt werden.
Tägliche Rundschau vom 15. April 1949

Geheimkonferenz SED-KPD? Laut Telegraf soll in den nächsten Tagen eine Funktionär-Konferenz der SED und der westdeutschen KPD in Bad Elster stattfinden. Auf der Tagung sollen Fragen erörtert werden, die sich für die "Parteiarbeit nach der Aufhebung der Blockade" ergeben. Nach dem Bericht des Zsl. wollen sich beide Parteien als "deutsche nationale Parteien" betätigen und das kommunistische Gedankengut vorläufig zurückstellen.

Süddt. Ztg. vom 30. April 1949

No. 3 Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 27. April 1949

General Clay wird innerhalb von 30 Tagen abgelöst werden. Damit ist sein Rücktrittsgesuch angenommen worden. Die Verhandlungen über die Aufhebung der Blockade werden heute noch fortgesetzt. Zu diesem Zweck werden Jessup und Malik in New York zusammenkommen. Bei den Besprechungen wird Jessup Malik eine Note des amerikanischen Außenministeriums überreichen, deren Inhalt als jetzt nicht bekannt ist. Darin wird die SU formell ersucht mitzuteilen, wann und unter welchen Bedingungen die Berliner Blockade von den Sowjets aufgehoben werden könnte. Die amerikanische Regierung sei bestrebt, die Verhandlungen über Berlin auf eine offizielle Grundlage zu stellen. Die SU soll veranlaßt werden, ihre Ansichten schriftlich niederzulegen. Die bisherigen Besprechungen waren inoffizieller Art. Der Meinungsaustausch wurde nicht schriftlich geführt. Politische Kreise in Moskau erklärten, daß der sogenannte "Kalte Krieg" abgeschlossen werden könnte. Alle neuen Schritte müßten jedoch langsam und mit größter Vorsicht unternommen werden. Die Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit in Berlin gab bekannt, daß die Sowjets immer noch Tausende nach der SU verschleppen. Vor einigen Tagen seien erst wieder unzählige Menschen vom Lager Sachsenhausen nach Rußland transportiert worden.

Auszüge aus dem Kommentar von Eugen HARTMANN vom Sender RIAS, Berlin.

Die Bildung einer neuen Regierung im Westen und die Gespräche über die Aufhebung der Blockade haben neue Hoffnungen geweckt. Die kommunistische Presse ist in die Defensive gerückt. Man liegt sich in hohen und höchsten Kreisen in den Haaren. Rau und Selbmann haben in Karlshorst gebeitet, daß die planwirtschaftlichen Experimente auf der ganzen Linie hoffnungslos gescheitert sind. So ist z.B. das Föderungssoll nicht entfernt erfüllt worden, was allerdings nicht verwunderlich ist, nachdem die meisten Vorrichtungen nach der SU antransportiert worden sind. Die Arbeitslosenziffer ist zur Zeit doppelt so groß wie vor dem Krieg. Die SMA ist nicht nur darüber ungehalten, auch die westdeutschen Missionen zur Verhinderung einer deutschen Staatsbildung sind gescheitert. Zwar ist das Konzept zur Bildung einer ostdeutschen Gegenregierung fertig. Danach sollen Pieck, Trotewohl, Rau und Kastner ein sogenanntes inneres Kabinett bilden. Die SMA hat jedoch im Augenblick keine Lust dazu. Aller Wahrscheinlichkeit wartet man zunächst das Ergebnis der Fühlungnahme ab, ehe Moskau das Startsignal geben wird. Vordringlich erscheint den Sowjets zunächst die Aufhebung der Gegenblockade, damit die Ostzone die dringendst benötigten Lieferungen an Stahl, Reparaturteilen, Chemikalien usw. aus dem Westen erhält. So sind bedeutende Entwicklungen im Fluß und die Deutschen dürften mit Spannung auf die Resultate warten, die sich aus den Verhandlungen zwischen der SU und den USA ergeben werden.

Sender Stuttgart vom 28. April 1949

Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, soll die USA die SU ersucht haben, die Aufhebung der Blockade nicht von einem Aufschub der westdeutschen Regierungsbildung abhängig zu machen. Eine solche Forderung könnte die Verhandlungen zum Scheitern bringen. Malik will seine Regierung bitten, diesen Punkt zu klären. Eine neue Zusammenkunft ist noch nicht vereinbart worden. Eine Antwort aus Moskau wird noch Ende dieser Woche erwartet.

Berlin: SEMJONOW soll den Fehlschlag der russischen Blockade zugestehen haben. Die Berliner Blockade habe zu einem großen Prestigeverlust für die Sowjetrepublik und die SED geführt. Es bliebe daher keine andere Wahl, als die Blockade aufzuheben.

RECEIVED COPY

FREE

28/4/49

No. 124

Auszüge aus Presseberichten

=====

Zittau. Zittau ist heute neben Görlitz die östlichste Grenzstadt der Ostzone. Durch Umsiedler aus den abgetretenen Gebieten hat sich die Einwohnerzahl auf über 50 000 erhöht. Außer einer Ortskommandantur und einem stärkeren MWD-Kommando unterhält die sowjetische Besatzungsmacht keine weiteren Garnisonstruppen. Wenn auch die landläufigen Schwierigkeiten nicht größer sind als anderswo in der Ostzone, so werden diese Mißstände doch stärker empfunden, da man über die Neiße einen Blick in das ehemals deutsche Land werfen kann. Zwar liegen im polnischen Grenzgebiet die einstigen landwirtschaftlichen Nutzflächen brach, dafür wächst und gedeiht dort die Industrie. Lebensmittel werden aus Wirtelpolen eingeführt.

Seit Beginn dieses Jahres kann die Zittauer Textilindustrie nicht mehr voll beschäftigt werden. Der Rohstoffmangel hat der starken Produktion des vergangenen Jahres einen Riegel vorgeschoben. - Neben der Tuchindustrie liegt die Bedeutung Zittaus in seiner Gemüseproduktion. Mehr als 80 Gartenbaubetriebe betreiben Gemüseanbau. Die Gärtnereien beliefern jedoch ausschließlich die Konsumgenossenschaften, und die Gemüse Transporte verlassen in allen Richtungen den Güterbahnhof. In der Stadt aber sind die Verkaufsstände leer. Ähnlich steht es mit der Kohle. Obgleich Zittau von Kohlengebieten umgeben ist, erhielt die Bevölkerung im vergangenen Jahr keinerlei Brennstoffzuflüsse.

Die mehreren tausend Arbeitslosen Zittaus werden in keiner offiziellen Statistik geführt. Jeder Erwerbslose wird vom Arbeitsamt angehalten, ein Scheinarbeitsverhältnis nachzuweisen, andernfalls würde er zum Uranbergbau nach Aue verschickt. Bemerkenswert ist, daß im Stadtparlament die bürgerlichen Parteien, CDU und LDP, gegenüber der SED die Mehrheit haben.

Die Welt vom 26. April 1949

Oder-Neiße Linie. Auf dem Weltfriedenskongreß sprach u.a. Alexander ABUSCH, der für eine Regelung zwischen Ost und West auf der Grundlage der Atlantik-Charta eintrat. Die SU habe die "demokratischen Freiheiten" in Deutschland eingeführt und betreibe in ihrer Zone eine loyale Politik gegenüber Potsdam. In einem Presseinterview erklärte er, die Oder-Neiße-Grenze betrachte er als Friedensgrenze zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke und gleichzeitig auch als Weltfriedensgrenze. Dies sei nicht nur seine Ansicht und die der SED, sondern die Ansicht aller deutschen Antifaschisten überhaupt.

Die Neue Ztg. vom 26. April 1949

SED. Das Politbüro der SED beschloß am dritten Jahrestag der Parteigründung die Bildung einer "Kommission für außenpolitische Fragen" beim Parteivorstand. Aufgabe der Kommission soll es sein, die Beziehungen der auswärtigen Staaten zur Ostzone zu verfolgen und das Ausland stärker für die aktuellen Deutschlandprobleme zu interessieren. Der Kommission gehören 11 Mitglieder an, darunter Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Dählem. *

Grotewohl erklärte, das deutsche Volk werde an dem Tage, an dem die letzten Besatzungssoldaten Westdeutschland verlassen, die ganze Verfassungsmacherei von Bonn zerreißen und sich der Volksratsverfassung zuwenden. Der Deutsche will nicht sterben, der Deutsche darf nicht sterben und der Deutsche wird nicht sterben, dafür werden wir sorgen.

Die Welt vom 26. April 49

Für die aus Norwegen und Dänemark eintreffenden Fischtransporte und für die Verladung von Phosphaten soll der Greifswalder Hafen noch in diesem Jahr zu einem der leistungsfähigsten Umschlagshäfen für die Ostzone ausgebaut werden.

Neues Leben vom 26. April 1949

In Sachsen-Anhalt werden in größeren Betrieben von der SED Listen vorgelegt, in denen die Firmen aufgefordert werden, ihre Bereitschaft zur Hilfeleistung für die SU im Falle eines kriegerischen Konfliktes zu erklären. Die Aktion soll demnächst auch unter den anderen Ländern der Ostzone durchgeführt werden.

Die Welt v. 26. April 49

FRET

215148

No. 88

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 30. April 1949

Leipzig: RAU gab heute bekannt, daß die DWK gegenwärtig einen Zusatzplan für den Volkswirtschaftsplan 1949 ausarbeite, der eine weitere Produktionssteigerung vorsehe. In einem Interview gab er neue bedeutende Erfindungen der deutschen Ostzonenwissenschaftler bekannt, so z.B. die Herstellung der Wersolat-Seife. Die neuen Erfindungen seien ein Beweis, daß die Intelligenz an dem großen Plan der Erfüllung und Übererfüllung mitarbeite.

Sender Leipzig vom 1. Mai 1949

Leipzig: Die heutigen Maifeiern standen im Zeichen des Kampfes für den Frieden und für die Einheit Deutschlands. Auf der großen Berliner Mai-Rundgebung im Lustgarten waren über 800 000 Werktätige versammelt. Der Schriftsteller AFESCH eröffnete die Feier mit der Überbringung der Friedenbotschaft aus Paris und Prag. Er wies darauf hin, daß der Frieden nicht als Geschenk in die Hände fällt, sondern erkämpft werden muß. Ein polnischer Gewerkschaftler fuhr dann fort und äußerte, daß auch die arbeitende polnische Bevölkerung ihre ganze Kraft für den Frieden einsetzen werde. Das Hauptreferat hielt SCHLIMKE. Er forderte mit allen Nachdruck die Werktätigen auf, alles zu tun, damit der Frieden erhalten bleibe.

In Leipzig sprach Otto GROTHOL. In seiner Rede betonte er vor allem die Notwendigkeit, daß die Arbeiterschaft in völliger Einigkeit gegen die imperialistischen Kriegstreiber Stellung nimmt. Er äußerte, daß ein neuer Krieg unmöglich sei, wenn sich die Werktätigen weigern würden, Kriegsmaterial zu schaffen.

Die Maikundgebungen in Westdeutschland standen im Kampf der Werktätigen gegen die Kapitalisten und für die Demokratisierung. In Hamburg erklärte Dr. BOECKLER, daß das Leben der Werktätigen auch heute noch durch Arbeitslosigkeit und unmenschliche Wohnverhältnisse gekennzeichnet sei. In Essen forderte SCHMIDT die Sozialisierung der Schlüsselindustrie und das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften.

Frankfurt a.O.: Ein weiterer Transport mit 1 230 Heimkehrern traf heute in der Osterstadt ein. Die Heimkehrer wurden sofort in ihre Heimatorte entlassen. Außerdem wurden 207 t Fett angeliefert, die sofort nach Dresden und Leipzig weitergeleitet wurden.

Sender Leipzig vom 2. Mai 1949

Berlin: Zu den kommenden Volkskongresswahlen veröffentlicht Prof. Dr. KASTNER einen Aufruf. Darin stellt er fest, daß die Arbeit des Volkskongresses auch in Westdeutschland eine immer stärkere Resonanz findet.

Moskau: Das Außenministerium der SU hat eine Dokumentensammlung über das Berliner Problem in einer Auflagenhöhe von 50 000 Exemplaren herausgegeben.

Berlin: Sämtliche Reichsbahnausbesserungswerke der Ostzone und Ost-Berlins werden in diesem Monat in einen Wettbewerb treten, um das Soll an Reparaturen überzuerfüllen. Zu diesem Zweck ist ein besonderes Punktsystem geschaffen worden.

Moskau: Min. Präs. SEYDENITZ, der sich augenblicklich in der UdSSR befindet, erklärte, die Maifeiern auf dem Roten Platz seien ein überzeugender Beweis für die Stärke und Macht der SU gewesen. Er betonte, daß die deutsche Delegation vollkommen gleichberechtigt mit den anderen Delegationen an den Feiern teilgenommen habe. Die SU biete die Freundeshand. Es sei unsere Pflicht, diese zu ergreifen.

Halle: Das Braunkohlenrevier Mocherstedt erzielte eine Rekordförderung. So wurde zum ersten Mal die 24 000 t Grenze in der Tagesförderung überschritten.

FRET

FREE

28/4/49

No. 86

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 27. April 1949

Leipzig: Die erste Zonenkonferenz der Kontrollkommissionen und Kontrollausschüsse wurde heute eröffnet. In einem Begrüßungsschreiben wies RAU darauf hin, daß den Kontrollausschüssen mit der Weiterentwicklung des Wirtschaftslebens neue höhere Aufgaben erwachsen. Während die Kontrollausschüsse bisher sich selbst überlassen waren, sollen sie jetzt durch eine einheitliche Leitung zu einer zweckmäßigeren Arbeit gelangen. Einer der Sprecher erklärte, daß die Kontrollausschüsse nicht nur die formale Überwachung, sondern auch darauf zu achten haben, daß die Anordnungen und Gesetze im Sinne der demokratischen Umordnung durchgeführt werden. FRÖHNER erklärte, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen der Justiz und den Ausschüssen im Interesse des ganzen Volkes liege. Ein Mitglied des Innenministeriums äußerte, daß die Kontrollausschüsse nicht die Hilfsorgane der Volkspolizei seien, sondern daß sie die Verwaltung durch Hinweise unterstützen müssen.

Dresden: Anlässlich des 70. Geburtstags von Otto BUCHWITZ stellte Neues Deutschland ihn als Vorbild für jeden Sozialisten hin. Die Zeitung wies dann auf die Erfolge hin, die die SED während der drei Jahre seit ihrer Gründung zu verzeichnen habe, die nicht zuletzt ein persönlicher Verdienst von Otto Buchwitz seien.

Leipzig: Im Werk Bittersfeld wird aus Igelit ein neuer Artikel hergestellt, der sich für künstliche Gebisse eignet. Die Saugfähigkeit des Erzeugnisses, das als Protelit in den Handel gebracht werden wird, soll noch größer sein als bei Kautschuk.

Halle: Der Landessender Halle hat die Patenschaft der MAS Eberstedt bei Bernburg übernommen. Der Sender wird beim Ausbau des Kulturhauses mitwirken.

Frankfurt a.O.: 194 t Fett kam heute aus der SU in der Oderstadt an, die sofort nach Berlin, Dresden und Leipzig weitergeleitet wurden.

Potsdam: Das Stahlwerk Hennigsdorf hat einen Zusatzplan zum Volkswirtschaftsplan 1949 aufgestellt. Die Werktätigen wollen alles daran setzen, um die planmäßig vorgesehene Auflage überzuerfüllen.

Sender Leipzig vom 28. April 1949

Leipzig: Die USA haben die SU gestern um eine formelle Erklärung ersucht, wann und unter welchen Bedingungen die Blockade Berlins sowie die Transport- und Handelsbeschränkungen aufgehoben werden könnten. Jessup hatte gestern Abend mit Malik eine neue Unterredung. Wie das amerik. Außenministerium bekanntgab, legte Jessup bei dieser Besprechung halbamtlich die Stellungnahme der drei Westmächte zur Frage der Aufhebung der Blockade und zur Einberufung einer Viermächtekonferenz dar.

Im Zusammenhang mit diesen Besprechungen nimmt heute die Tägliche Rundschau in ihrem Leitartikel zu den lügenhaften Berichten der westlichen Zeitungen Stellung. Darin heißt es, daß nicht die SU, sondern die USA Jessup beauftragt habe, mit einem sowjetischen Vertreter über die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen zu verhandeln. Das amerik. Außenministerium habe die Darstellung der TASS-Erklärung in vollem Umfang bestätigt. Das Blatt schließt, daß die konsequente Haltung der SU keinen Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit zuläßt, gemäß dem int. Übereinkommen zu einer Einigung zu kommen. Die Ziele seien bekannt: die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag sowie Abzug aller Besatzungstruppen.

Weimar: Die thüringische Landesregierung faßte auf ihrer 95. Sitzung eine Reihe von Beschlüssen. Für den 2. Mai ist eine außerordentliche Sitzung anberaumt, auf der Justizminister LOCH der Regierung einen Bericht über den Verlauf des Prager Kongresses erstatten wird.

Berlin: Die 5 Schwefelsäurebetriebe, die am ersten Wettbewerb teilgenommen haben, werden heute in einer Feierstunde im Werk Minchritz mit Geldprämien ausgezeichnet. Durch den Wettbewerb ist es gelungen, das Soll im ersten Quartal mit 120 % zu erfüllen. Sieger des Wettbewerbs war das Werk Minchritz.

/Chemie

FREE

No. 4

Presseberichte aus Westdeutschland

Wahlbündnis mit der KPD? Die Vertreter des vorläufigen Landesvorstandes der Flüchtlingsorganisation "Notgemeinschaft" haben Verhandlungen mit der Landesleitung der Kommunistischen Partei Bayerns über ein Wahlbündnis für die kommenden Wahlen zur deutschen Bundesrepublik geführt. Die Organisation verfügt über elf von insgesamt 36 Sitzen im Bayerischen Notparlament der Flüchtlinge. Das Ergebnis der Besprechungen wird als für beide Seiten zufriedenstellend bezeichnet. Die im Vorstand der Notgemeinschaft vertretene Deutsche Union war an den Verhandlungen nicht beteiligt, mißbilligt sie und erklärte, die nötigen Konsequenzen ziehen zu wollen.

Allgem. Ztg. vom 28. April 49

Doppel-Hauptstadt? Dr. Hermann SCHAEFER, der Vorsitzende des Wahlausschusses für die Hauptstadt, erklärte, der Kampf um die Wahl als Bundeshauptstadt werde mit größter Schärfe ausgetragen. Es bestehe die Möglichkeit, daß Westdeutschland als Kompromiß eine Doppel-Hauptstadt bekommen werde.

Allgem. Ztg. vom 28. April 49

Vaterländische Union. Als neue politische Partei wurde von der Wtl. Reg. die "Vaterländische Union" für den Stadt- und Landkreis München lizenziert. Lizenzträger dieser betont antikommunistischen Partei ist Karl FEITENHANSL.

Süddt. Ztg. vom 28. April 1949

Vorläufiges Exekutivorgan? Die Fraktion der Freien Demokraten hat beim Präsidium des Parl. Rates beantragt, den Wtl. Gouverneuren solle vorgeschlagen werden, den Parl. Rat zur Bildung eines vorläufigen Exekutivorgans für die Übergangszeit bis zur Schaffung einer Regierung zu ermächtigen. Das Exekutivorgan solle die administrativen Maßnahmen treffen, die zur beschleunigten Errichtung eines westdeutschen Staates notwendig seien. Ferner solle es die Aufgabe haben, die Vorarbeiten und ersten Einführungsversuche für die Bundesverwaltung so weit zu fördern, daß die künftige Bundesregierung sofort verhandlungsfähig sein könne. Mit dieser Aufgabe seien Personen zu beauftragen, die sich in neunmonatiger Tätigkeit in die Vorstellungswelt des Grundgesetzes und seiner Beweggründe eingelebt hätten. Ein solches überparteiliches Organ ließe auch erwarten, daß es mäßigend auf den Wahlkampf einwirken würde.

Allgem. Ztg. vom 27. April 49

Kein Wahlbündnis mit der KPD. Der zweite Landesvorsitzende der Bayerischen KP, Hugo EHRLICH, teilte mit, daß die Zeitungsmeldungen über ein angebliches Wahlbündnis zwischen der "Notgemeinschaft" und der KP nicht den Tatsachen entsprechen. Es habe lediglich zwischen der Flüchtlingsorganisation und der KP eine Unterredung stattgefunden, ohne daß ein Ergebnis erzielt worden sei.

Süddt. Ztg. vom 28. April 1949

Kein Verzicht auf Elternrecht. Kardinal Frings schreibt in seinem Hirtenbrief zum 1. Mai, die Katholischen Bischöfe würden niemals auf das Elternrecht verzichten. Der Pflicht der Eltern gegenüber ihren Kindern entspreche das heilige Recht, den Charakter der Schule zu bestimmen. Auch der Staat habe wichtige Aufgaben in der Erziehung der jungen Generation, die nicht geschmälert werden sollten. Man könne jedoch den Geist der Schulen nicht von Willen einzelner Staatslenker, von parlamentarischen Zufallsmehrheiten oder von wandelbaren Weltanschauungen politischer Gruppen abhängig sein lassen.

Allgem. Ztg. vom 28. April 49

Austauschdienst für deutsche Kaufleute. Wie die VFW mitteilt, wird sich der Austauschdienst für deutsche Kaufleute auf ganz Westdeutschland erstrecken. Es ist beabsichtigt, monatlich etwa hundert deutschen Kaufleuten oder Technikern, die sich besonders mit Fragen der Betriebsorganisation befassen, für die Dauer von einem Monat die Möglichkeit zu einer Informationsreise nach den USA zu geben. Der zur Reise erforderliche Betrag wird aus ERP-Mitteln bereitgestellt, während der entsprechende D-Mark-Betrag von den Firmen bzw. Verbänden aufzubringen ist, die zur Entsendung eines Betriebsangehörigen nach Amerika aufgefordert werden.

Die Neue Ztg. vom 26. April 49

215/49

No. 5

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 1. Mai 1949

In vielen Ländern wurde heute der 1. Mai festlich begangen. In Moskau sprach Marschall WISSILEWSKI auf dem Roten Platz. Er sagte: Die sowjetischen Streitkräfte stehen bereit. Die einzelnen Waffengattungen müssen sich auf alle Möglichkeiten vorbereiten. Anschließend daran nahm Stalin die Mai-Parade ab. In der Ostzone boten russische Truppen ebenfalls militärische Schauspiele. In den Städten der Ostzone waren überall Plakate angebracht mit der Aufschrift: Die SU ist unser bester Freund.

Kardinal FRINGS forderte die Deutschen auf, sie sollten sich nach den soz. Grundgesetzen der Kirche richten. Die soz. Probleme müßten im Geiste des Christentums gelöst werden.

In München begrüßte Lorenz HAGEN die Zusammenarbeit aller westdeutschen Nationen. Die westdeutschen Gewerkschaften seien bereit, am Wiederaufbau Europas tatkräftig mitzuarbeiten.

Sender Stuttgart vom 2. Mai 1949

Washington: Über den Stand der Besprechungen zwischen den Westmächten und der SU wird heute Dr. Jessup dem amerikanischen Außenminister Acheson einen Bericht geben. Die Unterredungen sollen fortgesetzt werden, sobald die SU auf die Erklärungen eingegangen ist, die Jessup an Malik gegeben hat.

In Bayern kam es gestern zu mehreren Protestkundgebungen. In verschiedenen Kundgebungen protestierten die Versammelten gegen die Einbeziehung Bayerns in den Bundesstaat und verlangten eine Volksabstimmung. So äußerte Dr. HUNDHAMMER: Die Bevölkerung des Landes lehne es ab, einem zentralistischen Bundesstaat beizutreten. In dieser Angelegenheit müßten nicht die Länderparlamente, sondern das ganze deutsche Volk gehört werden. Wenn Bayern das Grundgesetz ablehne, so entstünden zwei Möglichkeiten: entweder die Besatzungsmacht kläre die Lage oder Bayern müsse außerhalb des Bundesstaates bleiben. In diesem Falle würde Bayern die wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen deutschen Ländern beibehalten. In einer Resolution, die von allen Beteiligten angenommen wurde, heißt es wörtlich: Bayern, euer Staat ist in tödlicher Gefahr!

In ähnlicher Weise äußerte sich Dr. BAUMGARTNER. Auch er befürwortete eine Volksabstimmung. Das bayerische Volk müsse selbst bestimmen können, welche Staatsform es haben wolle. Niemand außerhalb Bayerns habe das Recht, die bayerische Verfassung anzutasten oder umzugestalten. Darüber habe nur die bayerische Bevölkerung zu entscheiden. Der Landesvorsitzende der SPD von Knoeringen sagte, Dr. Hundhammer und Dr. Baumgartner hätten öffentlich die Trennung Bayerns von Deutschland eingeleitet. Die SPD erkenne nicht den Ernst der Lage; sie sei zur Auseinandersetzung bereit.

Der Präsident des Parl. Rates, Dr. ADENAUER, hat heute die westdeutschen Ministerpräsidenten davon unterrichtet, daß der Hauptausschuß des Parl. Rates noch Ende der Woche seine Beratungen über das Grundgesetz abschließen würde. Das Plenum werde voraussichtlich in der nächsten Woche das Grundgesetz verabschieden. Am 19. Mai sollen sowohl das Grundgesetz als auch das Wahlgesetz erörtert werden. De Gaulle befaßte sich gestern mit den Plänen der drei Besatzungsmächte für Westdeutschland und unterzog sie einer scharfen Kritik. Die USA habe beschlossen, daß wieder ein zentralistisches deutsches Reich geschaffen werde. Ein viertes Reich würde die Sicherheit Frankreichs stark gefährden. Er warnte vor einer deutsch-russischen Allianz. Er rief das französische Volk auf, den Kommunismus auszuschalten. Dieser Tage werden in Frankfurt neue Verhandlungen über ein Zahlungsabkommen zwischen der Schweiz und Westdeutschland geführt. Das bisherige Zahlungsabkommen war von der Schweiz zum 30. April gekündigt worden.

Min. Präs. Karl ARNOLD wird der holländischen Regierung demnächst erneute Vorschläge zur Grenzlandfrage unterbreiten.

FREE

28/4/49

No. 4

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 28. April 1949

Über die Unterredung Dr. Jessups mit Malik sind weitere Einzelheiten noch nicht bekannt. Sie waren 1 1/2 Std. zusammen. Anschließend konferierte Dr. Jessup mit den Vertretern Großbritanniens und Frankreichs. Er unterrichtete die beiden Diplomaten über den Inhalt seiner Unterredung.

Sowjetische Posten haben gestern im englischen und französischen Sektor Berlins Schleusen besetzt. Auf Protest des britischen Militärkommandanten wurden die Posten jedoch zurückgezogen und der Verkehr ist bereits gestern Abend wieder normal.

Am Dienstag verkehrte zwischen Berlin und Hannover wieder der Interzonenomnibus. Heute wird er zurückkehren. Die Reichsbahn hat alle Vorbereitungen getroffen, um einen evtl. Interzonenverkehr wieder aufnehmen zu können.

Die interfraktionellen Besprechungen im Parlamentarischen Rat wurden heute fortgesetzt. Die ersten Artikel des Grundgesetzes sind auf der Basis des neuen Kompromisses bereits durchgesprochen worden. Dr. Adenauer bat, keine Sammelanträge, sondern nur noch Einzelanträge einzubringen. In der nächsten Woche soll ein neues Wahlgesetz gearbeitet werden. Wie verlautet, haben die bayerischen Delegierten ihre Bedenken gegen die beabsichtigte Regelung des Finanzwesens ausgesprochen. Partner wird die Stellung des Bundesrates kritisiert. Dr. Josef MUELLER bezeichnete die augenblickliche Situation als schwierig. Wenn nicht bestimmte Abmachungen des Frankfurter Kompromisses geändert werden, geht die Tendenz der CSU auf Ablehnung des Bonner Grundgesetzes. Carlo SCHWIDT erklärte, in Bonn seien keine neuen Schwierigkeiten aufgetreten. Die Fragen über Finanzen und Bundesrat seien soweit geklärt.

Ehard erklärte, man solle die Fehler der Weimarer Verfassung nicht wiederholen. "Ich sehe ein, daß eine Bundesregierung notwendig ist, aber ich bin gegen die Bildung einer Regierung um jeden Preis."

Die Kommission des Parlamentarischen Rats, die den Bundessitz auswählen soll, hat den Bericht gestern abgeschlossen. Die Vertreter der Parteien werden in einer Plenarsitzung endgültig entscheiden, wo der Sitz sein wird.

Truman äußerte sich optimistisch über die Besprechungen betreffend die Aufhebung der Berliner Blockade. Er betonte, die bisherigen Verhandlungen hätten ihn sehr ermutigt. Er glaube, daß die SU es jetzt ehrlich meine. Er würde die Verhandlungen nicht fortsetzen lassen, wenn er nicht von den ehrlichen Absichten der SU überzeugt wäre.

In Berlin erklärte Oberbürgermeister REUTER, es sei nicht unwahrscheinlich, daß die Blockade in zwei bis drei Monaten aufgehoben werde, aber man solle nicht nervös werden. Die Amerikaner sollten die Kaltblütigkeit beibehalten und die Russen herankommen lassen. Es sei immer besser, die Taube auf dem Dach zu bekommen als sich mit dem Sperling in der Hand zu begnügen.

Auf der Hauptversammlung des Bauernverbandes Württemberg-Baden erklärte Andreas HERMES, er sei dagegen, daß die Bodenreform unterschiedlich durchgeführt werde. Die ganze deutsche Zerrissenheit spiegele sich darin wider. Er forderte verschiedene Organisationen, damit die deutsche Landwirtschaft gesichert werden könne.

Sender Stuttgart vom 29. April 1949

Prof. STEIN forderte die Gründung europäischer Universitäten. Diese Bildungsstätten müßten das Gewissen Europas in den großen geistigen Auseinandersetzungen sein.

In Rom wird augenblicklich über ein Abkommen zwischen Westdeutschland und Italien verhandelt. Deutschland wird vor allem Kohle sowie andere Rohstoffe und Halbfertigfabrikate liefern und dafür Lebensmittel und Textilien importieren. Das Abkommen ist in Höhe von 60 - 70 Mill. Dollar vorgesehen.

Ende nächsten Monats werden 120 000 dt. Flüchtlinge in der frz. Zone angesiedelt werden. Frankreich hatte sich bereit erklärt, 300 000 Flüchtlinge in der frz. Zone aufzunehmen.

No. 125

Auszüge aus Presseberichten

Hausobleute. Richtlinien, die von der Leitung der Obleute-Bewegung den Hausobleuten des Ostsektors von Berlin zugegangen sind, haben große Empörung hervorgerufen. Danach sollen nicht nur alle früheren Nationalsozialisten angegeben werden, sondern auch alle "mit Nazis stark sympathisierenden Personen" und alle, die "Nazireden im Luftschuttkeller" gehalten haben. Die Richtlinien empfehlen weiter, das Netz der Hausobleute auszubauen.

Allgem. Ztg. vom 28. April 1949

Einheitssätze bei den Abschreibungen. In der dritten Durchführungsverordnung vom 10. Januar 1949 zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe werden die volkseigenen sowie die ganz oder zum Teil in öffentlichem Besitz befindlichen Betriebe der Ostzone verpflichtet, die Gegenstände des Anlagevermögens in der Planung, Durchführung und Kalkulation mit den gleichzeitig bekanntgegebenen Einheitssätzen abzuschreiben. Diese Abschreibungssätze sollen nur der tatsächlichen Abnutzung, der die Gegenstände durch den Gebrauch unterliegen, nicht aber der wirtschaftlichen Wertminderung Rechnung tragen. Für die Berechnung der Abschreibungen ist der ursprüngliche Anschaffungswert maßgebend. Dies gilt auch für neu angeschaffte bereits genrauchte Anlagegegenstände, für die gegebenenfalls ein Neuanschaffungswert festzustellen bzw. zu schätzen ist. Die wirtschaftliche Abnutzung brauche deshalb nicht berücksichtigt zu werden, weil der volkseigene Betrieb nicht wie das Privatunternehmen ein Sonderdasein führe, sondern als Mitglied der gesamten volkseigenen Wirtschaft zu betrachten sei. Gegenstände des Anlagevermögens, die in einem bestimmten volkseigenen Betrieb nicht mehr benötigt würden, könnten im allgemeinen/anderer Stelle wieder nutzbringend eingesetzt werden, so daß der Betrieb Überlegungen über die verkürzte Dauer der Verwendbarkeit seiner Anlagegüter wegen vorzeitiger Erfüllung des Betriebszwecks oder Umstellung auf eine andere Produktion ausschalten könne. Sollten aber Anlagewerte vor Ablauf ihrer normalen technischen Lebensdauer aus der Produktion ausgeschieden werden und nicht mehr an anderer Stelle verwendet werden können, so müßten deren Restwerte durch den Haushalt getilgt werden. Die Lösung der Abschreibungsfrage werde in die volkswirtschaftliche Sphäre erheben.

Wirtschafts-Ztg. vom 30. April 1949

Vorbereitungen zur Aufhebung der Blockade. Die "Berliner Zeitung" enthält die erste Stellungnahme, die von deutsch-sowjetischen Kreisen zu den Blockadegesprächen veröffentlicht wird. Darin wird den Amerikanern vorgeworfen, daß sie sich auf ernste Verhandlungen nicht einlassen wollten, solange in Westdeutschland nicht vollendete Tatsachen durch einen deutschen Bundesstaat geschaffen worden seien, der von vornherein einer antisowjetischen Politik dienen solle. - In politischen Kreisen wird ferner die Frage aufgeworfen, ob nach der Aufhebung der Blockade auch die Zweiteilung der Stadt durch neue Wahlen beseitigt werde. - In Kreisen der ostzonalen Leitung: Verkehr wird den Meldungen über eine etwaige Aufhebung der "Verkehrsbestimmungen" zwischen Berlin und den Westzonen große Bedeutung beigemessen. Bereits in den letzten Wochen haben Verhandlungen zwischen den Leitern der Transportabteilung der SMA und Vertretern der Hauptverwaltung Verkehr für die Ostzone stattgefunden. Auf der Betriebsabteilung der Generaldirektion Eisenbahn mußte ein neuer Regelfahrplan aufgestellt werden. Obwohl von der sowjet. Transportabt. gesagt wurde, daß diese Maßnahme zu statistischen Zwecken erfolgt sei, verlautet, daß die Eisenbahngeneraldirektion niemals Fahrpläne zu statistischen Zwecken aufgestellt hat. Auf der Interzonenstrecke Berlin-Magdeburg sind einige Überholungsarbeiten vorgenommen worden. Eine Wiederaufnahme des Güterzugverkehrs auf dieser Strecke ist zurzeit betriebstechnisch in gleichem Umfang möglich wie vor der Blockade. - Auch die Wasserstraßen zwischen der Elbe und dem Wannensee sind seit zwei Monaten für die Aufnahme eines normalen Schiffsverkehrs vorbereitet.

Allgem. Ztg. vom 28. April 1949

No. 87

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 28. April 1949

Prag: Die deutsche Delegation, die zum Weltfriedenskongreß in Paris war, traf gestern in Prag ein. Die acht Delegierten wurden herzlich willkommen geheißen. ZWEIF unterstrich den tiefen Eindruck, den der Kongreß auf die Deutschen gemacht habe. NUSCHKE hob die außerordentlichen politische Wirkung des Kongresses hervor. In zahlreichen Gesprächen habe er die aktuelle Bedeutung dieses Ereignisses ermessen können. Der Friedenswille der Völker, und besonders des französischen Volkes, sei sehr stark zum Ausdruck gekommen, die nicht für den Atlantikpakt sterben wollen. Die deutsche Delegation wird heute abend wieder in Berlin eintreffen. Die Mitglieder des Prager Kongresses kehrten bereits gestern abend nach Berlin zurück.

Berlin: Anlaßlich des bevorstehenden 1. Mai erklärte Otto GROTEWOHL: Gegenwärtig befinden sich das deutsche Volk und die Arbeiterklassen in höchstem Maße in einem Notstand. Alle Vorbereitungen zur Zerreißung sind getroffen, um Westdeutschland durch ein Besatzungsstatut zu kolonisieren und auf Jahrzehnte zu versklaven. Alle Friedensfreunde müssen daher an der Seite jener fortschrittlichen Kreise stehen, die mit dem deutschen Volkskongreß den Weg der nationalen Selbsthilfe beschritten haben. Jeder, der an den Feierlichkeiten des 1. Mai teilnehme, müsse sich auch an den Wahlen des deutschen Volkskongresses beteiligen, um zu helfen, daß durch seine Verfassungsbeschlüsse der Weg für ein einheitliches demokratisches Deutschland vorbereitet wird.

Düsseldorff: Die KPD von Nordrhein-Westfalen hat die Werktätigen an Rhein und Ruhr aufgefordert, sich am 1. Mai der Friedensfront der mill. Werktätigen anzuschließen, gegen den Atlantikpakt zu demonstrieren und ihren Willen für die Einheit Deutschlands zum Ausdruck zu bringen.

Leipzig: Die erste Zonenkonferenz der Kontrollkommissionen und Kontrollausschüsse wurde heute beendet. Alle Werktätigen wurden aufgefordert, die Volkskontrollausschüsse bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Es nütze nichts, Aktivist der Arbeit zu sein, wenn man zuläßt, daß der Arbeitsertrag von Bürokraten vergeudet und von Schiefern und Spekulanten erbeutet wird. Die Volkskontrollausschüsse werden überprüfen, ob in der Verwaltung ehrlich gearbeitet wird. Durch die Volkskontrollausschüsse hat jeder Bürger das Recht, Rechenschaft zu fordern von seiner Verwaltung, Wirtschaft und Justiz. - Die Delegierten forderten alle Deutschen anständiger Gesinnung in Westdeutschland auf, alle Versuche, die Herrschaft der früheren Monopolkapitalisten wieder aufzurichten, durch die Bildung eigener Kontrollausschüsse zu vereiteln. Zum Abschluß wies der Vorsitzende, Fritz LANGE, noch einmal darauf hin, daß die Volkskontrollausschüsse Helfer der Werktätigen sein sollen. Letztere sollen Beschwerden und Anregungen einreichen, die entgegengenommen und systematisch bearbeitet werden.

Frankfurt a.O.: Ein weiterer Transport mit 105 traf gestern in der Oderstadt ein. Zu den Traktoren wurden Ersatzteile und Spezialwerkzeuge geliefert.

Berlin: Eine Sonderzuteilung von 50 g Tabakwaren wird aus Anlaß des 1. Mai an sämtliche Inhaber von Raucherkarten ausgegeben.

Dresden: Die deutsche Delegation, die auf dem Pariser Weltfriedenskongreß war, traf von Prag kommend in Dresden ein. Die Nachricht von der Ankunft verbreitete sich mit Windeseile. Viele Abordnungen erschienen zu einer spontanen Friedenskundgebung. NUSCHKE erklärte, es sei kaum mit Worten wiederzugeben, mit welcher Überzeugung und Kraft sich die 72 Nationen für den Frieden einsetzen. - Der deutschen Delegation aus dem Saargebiet wurde ein Platz bei der deutschen Delegation eingeräumt. Otto BUCHWITZ dankte dem Sprecher und sprach, es gelte nun, mit verstärkter Kraft für den Frieden zu kämpfen.

Sender Leipzig vom 29. April 1949

Moskau: HERBERT WARNKE, der sich momentan in Moskau befindet, sprach aus Anlaß des 1. Mai über Radio Moskau zu den deutschen Werktätigen. Er erklärte, nirgend begegnen wir Haß oder Abneigung gegen uns Deutsche und überall finden wir freundlichstes Entgegenkommen. Arbeiter und Wissenschaftler, Volk und Regierung, alle haben nur den einen Willen: den soz. Aufbau und den Frieden. Eingehend auf den Wert des Besuchs äußerte er, daß mit den Gewerkschaftsvertretern fast aller bedeutenden Gewerkschaften der Welt die Verbindung aufgenommen worden sei.

No. 5

Presseberichte aus Westdeutschland

Gegen die Arbeitsdienstpflicht. Der Zentralausschuß der Jungsozialisten der drei Westzonen, der 40 000 Jugendliche vertritt, hat nach Abschluß einer Arbeitstagung eine Resolution herausgegeben, in der er sich gegen die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht erklärt. Weiterhin wird in der Resolution die Schaffung eines "Hilfewerkes der Jugend" für vertriebene, erwerbslose, notleidende und gefährdete Jugendliche gefordert, das Lehr- und Umschulungswerkstätten sowie Wohnbau- und Produktionsgemeinschaften auf genossenschaftlicher Grundlage umfassen soll.

Allgem. Ztg. vom 29. April 1949

Bonn. Zu der erzielten Einigung über das westdeutsche Grundgesetz erklärte der zweite Landesvorsitzende der bayerischen KPD, Hugo ERLICH, daß sich das große Nein der SPD-Führer als ein parteipolitischer Bluff herausgestellt habe. Dr. Schumacher und seine Getreuen hätten ihre bedingungslose Kapitulation bei "der Restaurierung konservativ-kapitalistischer Zustände" nicht offen zugeben wollen. Aus Furcht vor den Bevölkerungsschichten, die den westdeutschen Staat grundsätzlich ablehnen, bringe man das Grundgesetz auch nicht zur Abstimmung, sondern überlasse es den Länderparlamenten.

Der Landesparteitag der SPD ist für die Pfingstfeiertage nach Rosenheim einberufen worden. Er wird unter dem Motto "Bayern und Deutschland" stehen und den Auftakt zu den Wahlkämpfen der SPD für die Bundesratswahlen in Bayern bilden.

Süddt. Ztg. vom 28. April 1949

Kandidaten. In politischen Kreisen Frankfurts werden nach der Einigung über die Hauptfragen des Grundgesetzes Kombinationen über die Kandidaten für die führenden Posten des künftigen Bundes angestellt. Dr. ADENAUER, der früher häufig als möglicher Bundespräsident genannt worden war, ist jetzt aus außenpolitischen Erwägungen in den Hintergrund getreten. Dr. Adenauer habe, so wird erklärt, bei den Engländern zu wenig Sympathie. Außerdem wird gegen ihn ebenso wie gegen Dr. Schumacher der Einwand gemacht, daß ein ausgeprägter Parteiführer für diesen Posten nicht geeignet sei. Als geeigneter Kandidat für den Bundespräsidenten wird Dr. BOECKLER genannt, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes. Es wird gesagt, Hr. Böckler sei zwar Sozialdemokrat, er werde aber sicher auch die Unterstützung der christlichen Gewerkschaftler finden.

Für den Bundeskanzler fällt der Name Carlo SCHMID, für den Innenminister der des jetzigen Justizministers Dr. KATZ oder des jetzigen Innenministers von Nordrhein-Westfalen MENZEL. Für das Finanzwesen tippt man auf den hessischen Finanzminister Dr. HILPERT, für das Wirtschaftsministerium auf Prof. ERHARD. Wenn auch Ministerpräsident ARNOLD genannt wird, so denkt man offenbar an die Möglichkeit eines Außenministeriums, und schließlich soll als Minister für Besatzungsfragen KAISER mit seinen engen Beziehungen zu Berlin in Betracht kommen.

Allgem. Ztg. vom 29. April 1949

Produktionsbericht der Vfw. Die wirtschaftliche Entwicklung im März zeigt das ungebrochene Vertrauen der Wirtschaftskreise. Das Produktionsvolumen blieb im arbeitstäglichen Durchschnitt auf der Höhe des Vormonats, Absatzschwierigkeiten und Preisdruck hielten an. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber Februar vermindert. Infolge verbesserter Rohstoffversorgung und erhöhter Stromerzeugung konnten verschiedene bisher gehemmte Erzeugungszweige aufholen. Da sich gleich zeitig die Kaufkraft vergrößerte, erreichte die Marktlage auf immer weiteren Gebieten ein ungefähres Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage.

Bei vielen Betrieben hat ein Umschichtungs- und Ausleseprozeß eingesetzt. Qualität, technische Leistungsfähigkeit und alte Firmenmarken kommen wieder mehr zur Geltung. Die Preise sanken, und zwar bei der Industrie stärker als beim Handel. Die Senkungen sind unterschiedlich und haben kaum irgendwo das Ausmaß von Preisstürzen angenommen.

Die Welt vom 28. April 1949